

1848/50 und 1866/71: Ein Vergleich

Angesichts der gescheiterten Revolution von 1848/49 und des misslungenen Versuchs, einen konstitutionellen deutschen Nationalstaat zu schaffen, angesichts aber auch der planmäßig angelegten und mit der Kaiserproklamation in Versailles schließlich vollendeten Schaffung eines preußisch dominierten Deutschen Reiches muss nach den Unterschieden gefragt werden, die möglicherweise auch verantwortlich sind für das Scheitern der einen oder das Gelingen der anderen Politik.

Vom Ergebnis her lässt sich dieses Problem am leichtesten angehen: Am Ende stand dort das desillusionierte Bürgertum mit dem Erbe einer gescheiterten Revolution, hier der nach drei Blitzkriegen aus der Taufe gehobene Nationalstaat, den die zielbewusste Politik eines Mannes geprägt hatte. Der preußische Staat, der die Revolution durch sein Beharrungsvermögen zu Fall gebracht hatte, entfaltete in der Folgezeit eine Politik, die – besonders seit der Ministerpräsidentenschaft Bismarcks – zwei Ziele verfolgte: außenpolitisch war die Einigung Deutschlands unter preußischer Hegemonie und unter Hinausdrängung Österreichs zu erreichen, innenpolitisch aber der Kampf mit dem Parlamentarismus und mit den Liberalen aufzunehmen. Damit wurde die Reaktionspolitik auch gegenüber dem letzten Rest revolutionärer Errungenschaften fortgesetzt. Stand am Ende der Verfassungsdiskussion von 1848/49 ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament, dem die Regierung verantwortlich war und das so aktiv in die Politik eingreifen konnte, so blieb davon 1866 und 1871 zwar ein frei gewähltes Parlament übrig, die Politik bestimmte aber der Kanzler ohne wirksame Parlamentskontrolle. Die Frage ist natürlich, mit welchen Mitteln diese Politik verfolgt und - das eine von ihnen - auch erreicht wurden.

Die Unterschiedlichkeit der Mittel zeigt sich deutlich in Bismarcks "Blut und Eisen" -Erklärung von 1862. Der Parlamentarismus wird hier als Schwäche abqualifiziert. Was Erfolg bringe, sei eine machtvolle Politik, die den Staat nach außen stärke und ihn in die Lage versetze, seine Ziele auch auf nationalem Gebiet durchzusetzen. Der Kompromissbereitschaft der Paulskirche und dem in der Diskussion entstandenen Ausgleich in Verfassungsfragen stand seit 1862 der politische Wille eines Mannes gegenüber, der seinen König zunächst an der Abdankung hinderte, dann gegen das Parlament und gegen die Verfassung regierte, schließlich dreimal diplomatische Verwicklungen zu Waffengängen ausnützte (wobei er beim zweiten Mal Österreich von langer Hand vorbereitet in einen Konflikt hineinzog bzw. hineindrängte), aber dazwischen auch abwarten und günstige Gelegenheiten abpassen konnte. Geradezu ein Meisterstück diplomatischer Kunst (oder Verschlagenheit) ist es zu nennen, wie er im Juli 1870 die durch den Verzicht des Zollerprinzen heraufziehende diplomatische Niederlage Preußens mit der Redaktion der Emser Depesche in einen Hieb gegen Frankreich umwandeln und damit die französische Kriegserklärung provozieren konnte.

Äußeres Zeichen dieser auf völlig unterschiedlichen Grundlagen fußende Politik ist das Verhältnis des Reiches zum Schwarz-Rot-Gold der Nationalversammlung. Wilhelm I. hatte „nichts Wesentliches“ gegen Schwarz-Weiß-Rot, wollte sie „aber nur neben der preußischen [Fahne] dulden“. Schwarz-Rot-Gold als „aus dem Straßenschmutz erstiegen“ kam für ihn unter keinen Umständen in Frage¹.

¹ Kronprinz Friedrich Wilhelm, Tagebuch, 17. Januar 1871 Bismarck, Dokumente S. 262

In engem Zusammenhang damit stehen auch die unterschiedlichen Zielsetzungen. Die Paulskirchenversammlung strebte nicht eine machtsstaatliche Einigung Deutschlands an, wobei der Verzicht auf den einen Partner einkalkulierte Notwendigkeit gewesen wäre. Ziele waren sowohl die Verwirklichung liberal-konstitutioneller Freiheiten in einer - von allen Staaten aus freien Stücken angenommenen - Verfassung, zum andern aber gleichzeitig die Schaffung eines alle Deutschen umfassenden und sogar noch über den alten Deutschen Bund noch hinausgehenden Nationalstaates. Dem standen nicht nur die einzelstaatlichen Interessen und Egoismen entgegen, sie hätten sich unter Umständen - wie 1871 auch - ausgleichen lassen. Gravierender war im Fall Österreichs, dass der deutsche Nationalstaat gleichzeitig die Habsburgermonarchie gesprengt hätte. Die Unvereinbarkeit von Nationalstaatsgedanke und Vielvölkerstaat konnte nicht auf dem Verhandlungsweg aufgelöst werden.

Gravierender war im Fall Preußens, dass der Staat (d.h. die ihn tragenden politischen Eliten) nicht bereit war, das Ziel der preußischen Politik der vergangenen zwei Jahrhunderte liberal-konstitutionellen Zielen oder der Verhandlung mit "schwächeren" Mächten unterzuordnen. 1870/71 dagegen ging es nicht mehr um den alten Deutschen Bund, der zu einem Staat hätte verdichtet werden sollen, nach 1849 wurde nicht mehr um großdeutsch oder kleindeutsch gerungen, die Politik Bismarcks verfolgte eindeutig und zielbewusst die kleindeutsche, d.h. preußisch dominierte Lösung.

Auf der anderen Seite erkannte jedoch Bismarck durchaus auch die in der Schaffung eines Nationalstaats liegende Leistung der Revolution von 1848/49 an. Nach dem gewonnenen Krieg gegen Österreich war er durchaus bereit, den möglichen Druck der Großmächte angesichts seiner Einigungspolitik mit einem ganz anderen Vorstoß zu beantworten: „Pression des Auslands wird uns zur Proklamierung der deutschen Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Maßregeln treiben.“ Er schließt seine Überlegungen mit dem charakteristischen Satz „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden.“²

Bei den Trägern dieser Politik ist vor allem das Bürgertum zu beachten und die Rolle zu diskutieren, die es während der Revolution, aber auch angesichts der Bismarckschen Politik gespielt hat.

Das wirtschaftlich erstarkte Großbürgertum hatte sowohl in den Tagen des "Vormärz", d.h. vor der Revolution, als auch während der Revolution selbst die führende Rolle inne. Vor allem in diesen Kreisen, den Kreisen der Wahlmänner und dann der Abgeordneten selbst, wurden die Ideen des Liberalismus und des Konstitutionalismus diskutiert. In den Barrikadenkämpfen verwirklichte sich kurzfristig eine Allianz mit Studenten und Gesellen. Diese hielten dann aber dann neben der Nationalversammlung, dann auch gegen sie, ihre eigenen Treffen und Versammlungen, durchaus mit gesamtdeutscher und nationaler Betonung, ab. Schon in der Verfassungsfrage zeigte sich das Übergewicht der Gemäßigten vor den "radikalen" Demokraten - die einen sahen die Zukunft im Bündnis mit der Monarchie, die anderen eher in einer grundsätzlichen Umwälzung in Richtung auf eine republikanische Verfassung hin. Unter anderem war es auch die Angst vor den neuen Ideen des Kommunismus, die das Bürgertum zur Zusammenarbeit mit den alten Mächten trieb. Da die alten Mächte aber ihrerseits nicht zur grundlegenden Reform bereit waren, war diese "Zusammenarbeit" von vornherein zum Scheitern verurteilt.

² Brief an Edwin von Manteuffel, 11. August 1866. Bismarck. Dokumente S. 217

Das Bürgertum wandte sich nach dem Misserfolg von 1849 größtenteils von der Politik ab und fand seine Selbstbestätigung auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Erst der preußische Verfassungskonflikt von 1861 zeigte wieder ein Bürgertum, das sich seiner Rechte bewusst war. Es wurde allerdings von einem Politiker überrannt, der die Autorität der Staatsmacht unter allen Umständen zu wahren bereit war - und das Bürgertum kapitulierte, steckte zurück, bis die monarchische Politik in der Deutschen Einigung ihren Höhepunkt fand. Die Idee der liberalen Verfassung und der demokratischen Mitbestimmung ordnete sich der machtstaatlichen Einigung unter, das Bürgertum sah keine Möglichkeit (und auch keine Notwendigkeit), innerhalb der nationalen Begeisterung zum Widerstand zu finden. Immerhin wurde es bereits als Erfolg gewertet, dass für die Wahl zum Norddeutschen Reichstag 1867 das allgemeine und gleiche Wahlrecht galt - eine Errungenschaft der Revolution von 1848. Die Liberalen wurden schließlich in der 1867 gegründeten Nationalliberalen Partei – eben auf Grund ihrer starken nationalen Komponente – zur Hauptstütze der Bismarckschen Politik nach 1871. Die tragende Rolle in der deutschen Einigung aber war endgültig auf den preußischen Staat und seinen Ministerpräsidenten übergegangen.

Will man die Persönlichkeit Bismarcks auf diesem Hintergrund einordnen, darf man ihm wohl auf keinen Fall persönliche Machtbesessenheit unterstellen. Er war konservativ, in manchen Dingen auch reaktionär, aber er stellte seine Arbeit voll und ganz in den Dienst des Staates und des Königtums, des monarchischen Prinzips also. Dieser Staat war Preußen mit seiner preußischen Geschichte und seiner preußischen Tradition, und dieser preußische Staat war für ihn der einzig mögliche Träger der deutschen Einheit. Von daher ist Bismarck zwar Nationalist, aber in erster Linie preußischer Nationalist, insofern als er, ganz in der Linie der preußischen Könige seit Friedrich Wilhelm III., die historische Aufgabe Preußens darin sieht, Deutschland zu führen. Ein Deutschland ohne die führende Rolle Preußens ist für ihn – wieder als Konsequenz des preußisch orientierten monarchischen Gedankens – schlechthin nicht denkbar.